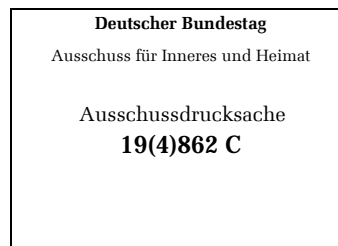


MANEO · Bülowstraße 106 · 10783 Berlin

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Leiter/ director: Bastian Finke
Büro: ☎ 030-21753213
☎ 030-23638142
eMail: bastian.finke@maneo.de
www.maneo.de

Spendenkonto:
Mann-O-Meter e.V.
BIC: BFSWDE33BER,
IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00,
Stichwort „MANEO - Opferhilfe“

Berlin, den 05.06.2021

Stellungnahme zu den Anträgen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen „Hass und Hetze gegen LSBTI wirksam bekämpfen.“ (BT-Drucksache 19/26886) und der FDP-Fraktion „Vielfalt schützen – Homo- und transfeindliche Hasskriminalität bekämpfen“ (BT-Drucksache 19/26159)

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses

zunächst möchte ich mich im Namen von MANEO für die Möglichkeit einer Stellungnahme bedanken.

MANEO wurde als schwules Anti-Gewalt-Projekt vor 31 Jahren in Berlin gegründet und wird seitdem von der Berliner Senatsverwaltung finanziell gefördert.

In der Beschäftigung mit Hasskriminalität sehen wir homophobe und trans*phobe, LSBT*-feindliche Übergriffe insgesamt, in einer engen Verbindung mit rassistischen und antisemitischen Übergriffen. Ihnen gemein ist die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder Vorurteilskriminalität, die sich gegen stigmatisierte Gruppen in einer Gesellschaft richtet. Ebenso sind es Querschnittsthemen,

→ Opferhilfe



→ Report Center



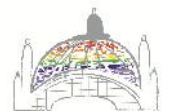
→ Kiss Kiss Berlin



→ Berliner-Toleranzbündnis.de



→ Nachbürgermeister Regenbogenkiez



→ Tolerantia-Award.eu
Tolerantia-Award





weil sie gleichermaßen in jeder einzelnen gesellschaftlichen Gruppe zu erneuten Ausgrenzungen oder Übergriffen gegenüber Mitgliedern führen können, die sich auch anderen Gruppen zuordnen (Mehrdimensionalität). Dabei verdienen alle gleichermaßen die gebotene Aufmerksamkeit und Fokussierung ihrer Stigmatisierung. Sie müssen als Phänomene benannt werden, um sie ins gesellschaftliche Bewusstsein zu führen und sie dadurch zu überwinden.

MANEO hat sich in den letzten 31 Jahren kontinuierlich fachlich weiterentwickelt. Seine Dynamik bezieht das Projekt aus der Synergie seiner Arbeitsbereiche: professionelle Opferhilfearbeit – im letzten Jahr wurden von uns etwa 800 Betroffene beraten –, Erfassung, Gewalt- und Kriminalprävention und Empowerment. Damit beschreibt MANEO die Eckpunkte eines LSBT*-Anti-Gewalt-Projektes (AGP).¹

Durch seine langjährigen Erfahrungen in der praktischen Arbeit der Opferhilfe sieht sich MANEO auch in der Lage, seine Kompetenzen auch auf Bundesebene einbringen zu können.

2

Kurzzusammenfassung unserer Vorschläge:

1. Die Einrichtung von LSBT*-Ansprechpersonen bei den Strafverfolgungsbehörden und die kontinuierliche staatliche Förderung von zielgruppenspezifischen professionellen LSBT*-AGPs unterstreichen die Entschlossenheit des Staates, Diskriminierung und Hasskriminalität gegen LSBT* zu bekämpfen und den Opfern zu helfen. In allen Bundesländern müssen Maßnahmenpläne auf Seiten der Regierung entstehen, mit denen einerseits **die Einsetzung von LSBT*-Ansprechpersonen bei den Strafverfolgungsbehörden** gefördert wird, andererseits **LSBT*-Anti-Gewalt-Projekte** in ihrer professionellen, zielgruppenspezifischen Opferhilfearbeit, Dokumentationsarbeit und Gewalt- und Kriminalpräventionsarbeit gefördert und von der Verwaltung gefördert und unterstützt werden. Auf die Erfahrungen langjähriger Einrichtungen muss aufgebaut, ihre Expertisen einbezogen werden. In allen **Landespolizeischulen**

¹ S. MANEO-Report 2019: <http://www.maneo.de/infopool.html>. Der MANEO-Report besteht aus 3 pdf-dateien. Siehe auch: „MANEO-Report 2019 veröffentlicht“, in: MANEO+ -Newsletter #35, S. 2-9. http://www.maneo.de/fileadmin/user_upload/dateien/pressemeldungen/2020/Maneo_Newsletter_35_Feb-Mai_2020_Einzelseiten.pdf



sollten **Tagesseminare**, die Wissen über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt vermitteln, zu einem festen Bestandteil der Ausbildung von Polizeischüler*innen gehören.

2. Bürgerschaftliches, sozialräumliches Engagement unterstützt die Gewaltpräventionsarbeit. **Integrierte Stadtentwicklungspolitik fördert Dialog und Konfliktschlichtung.** Ein besserer Dialog zwischen den verschiedenen Vertretern der Verwaltung untereinander wie auch zwischen Vertretern aus gesellschaftlichen Bereichen muss verstärkt werden. Bürgerbeteiligung als Bottom-up Initiativen sind dynamischer und sollte gestärkt, Top-down-Strategien vermieden werden. Hilfreich sind engagierte Raumpioniere, beispielsweise sozialräumlich wirkende Nicht-Regierungsorganisationen und Kiezakteure.
3. Ausbau der professionellen, zielgruppenspezifischen und an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierten professionellen Hilfe für Opfer von Straftaten. **Professionelle Opferhilfeberatungsstellen für LSBT* sind deutschlandweit und mit Unterstützung aus Bundesmitteln aufzubauen und zu fördern**, da sich nach wie vor die Bundesländer schwertun, spezifische Opferhilfe-Beratungsangebote für LSBT* zu fördern und fachlich zu begleiten. Regelmäßige Vernetzungstreffen sind erforderlich. Weiterführende Trainings und Zusatzqualifikationen sind für neue Mitarbeiter*innen in professionellen zielgruppenspezifischen und fachbezogenen Opferhilfeeinrichtungen erforderlich, konkret eben in der Arbeit mit Phänomenen LSBT*-feindlicher Übergriffe und spezifischen Gewalterfahrungen von LSBT*., um nachhaltige Strukturen und gemeinsame Standards zu schaffen. Auch hier muss auf die Erfahrungen langjähriger Einrichtungen aufgebaut, ihre Expertisen einbezogen werden.

Nachfolgend möchten ich Ihnen unsere Forderungen erläutern.



1. Die Einrichtung von LSBT*-Ansprechpersonen bei den Strafverfolgungsbehörden und die kontinuierliche staatliche Förderung von zielgruppenspezifischen professionellen LSBT*-AGPs unterstreichen die Entschlossenheit des Staates, Diskriminierung und Hasskriminalität gegen LSBT* zu bekämpfen und den Opfern zu helfen.

Vorschlag:

In allen Bundesländern müssen Maßnahmenpläne auf Seiten der Regierung entstehen, mit denen einerseits die Einsetzung von LSBT*-Ansprechpersonen bei den Strafverfolgungsbehörden gefördert wird, andererseits LSBT*-Anti-Gewalt-Projekte in ihrer professionellen, zielgruppenspezifischen Opferhilfearbeit, Dokumentationsarbeit und Gewalt- und Kriminalpräventionsarbeit gefördert und von der Verwaltung gefördert und unterstützt werden. Auf die Erfahrungen langjähriger Einrichtungen muss aufgebaut, ihre Expertisen einbezogen werden.

4

Erläuterung:

Nachdem MANEO 1990 gegründet wurde dauerte es noch anderthalb Jahre bis die erste hauptamtliche Stelle eines LSBT*-Ansprechpartners bei der Polizei eingerichtet wurde.² Der begonnene kontinuierliche Dialog, die Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit und Untersuchungen trugen dazu bei, dass 2006 die Stelle um eine weibliche Polizeibeamtin erweitert wurde. Ihre Aufmerksamkeit sollte die lesbenfeindliche Gewalt finden. In den letzten Jahren hat die Berliner Polizei weitere LSBT*-Ansprechpersonen – im Nebenamt – benannt. Dazu beigetragen hat die Erkenntnis, dass weit mehr getan werden muss, um das Dunkelfeld zu senken und um weiteres Vertrauen in die Arbeit der Polizei zu fördern. Benannt wurden Ansprechpersonen in den fünf Berliner Polizeidirektionen, einschließlich Vertretungen, in der Polizeiakademie Berlin, beim Staatsschutz LKA 535, beim Stab, außerdem so genannte ‚Multiplikatoren‘ in vielen Berliner Polizeiabschnitten. Unter dem damals

² s. Homepage der Polizei Berlin: <https://www.berlin.de/polizei/aufgaben/ansprechpersonen-fuer-lsbt/>



amtierenden Justizminister Thomas Heilmann (CDU) nahmen im Jahr 2012 zwei LSBT*-Ansprechpersonen bei der Staatsanwaltschaft Berlin ihre Arbeit auf³. Kurz darauf ernannte auch die Bundespolizeidirektion Berlin eine LSBT*-Ansprechperson.

Die Arbeit von MANEO begann unter der ersten rot-grünen Senatsverwaltung 1990 in Berlin. Kurz zuvor war das erste „Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ in Berlin eingerichtet worden. Erst 2012 konnte die Projektarbeit von MANEO kontinuierlich in den Bereichen Opferhilfe, Dokumentation und Prävention weiter ausgebaut werden. Seit 2014 hat MANEO über mehrere Jahre hinweg den Aufbau des lesbischen Partnerinnen-Projektes L-Support e.V. gefördert, mit dem MANEO kooperiert⁴. Die regelmäßige staatliche Förderung der Anti-Gewalt-Arbeit von MANEO trägt zu Arbeitskontinuität und Arbeitsprogression bei. Erarbeitetes Wissen kann an neue Mitarbeiter weitergegeben werden.

Wichtiger Bestandteil der Arbeit von MANEO ist die Dokumentationsarbeit von LSBT*-feindlichen Übergriffen. Aufgrund seines Szeneengagements und seiner weitverzweigten Vernetzung in die vielschichtigen Szenen erreichen MANEO viele Hinweise auf vorurteilsmotivierte Taten, die oftmals noch nicht angezeigt wurden. MANEO hat im Jahr 2019 und 2020 fast 1.000 Hinweise allein in Berlin entgegengenommen. MANEO unterstützt Opfer bei der Erstattung von Strafanzeigen, hilft bei der Überwindung von Hürden und bei der Klärung von Ängsten und Missverständnissen. Das Wissen um Hürden unterstützt im kritischen Dialog mit den Strafverfolgungsbehörden die Förderung polizeilicher Arbeit.

Die gezielte Förderung von einerseits LSBT*-Ansprechpersonen bei den Strafverfolgungsbehörden und andererseits von LSBT*-Anti-Gewalt-Projekten trägt dazu bei, mehr Hinweise und Fallzahlen zusammenzutragen und zu erfassen. MANEO trägt bislang die Fallzahlen zusammen, auch die anonymisierten Zahlen der Polizei Berlin, und veröffentlicht diese in seinem MANEO-Report.

³ s. „Staatsanwaltschaft Berlin gegen LSBT*-feindliche Hasskriminalität“, in: MANEO+ Newsletter #27 (Nov.-Dez. 2018), S. 10-11.

http://www.maneo.de/fileadmin/user_upload/dateien/pressemeldungen/2019/Maneo_Newsletter_27_Nov_Dez_Doppelseiten.pdf . Außerdem s. Homepage der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung: <https://www.berlin.de/sen/justva/ueber-uns/beauftragte/ansprechpartnerin-homophobe-hasskriminalitaet/>

⁴ S. www.l-support.net



Die vielschichtige, interdisziplinäre Arbeitsleistung der Fachstellen muss Wertschätzung und Anerkennung erfahren. Aufgrund der anhaltenden gesellschaftlichen Diskriminierung und Ausgrenzung entsteht für Mitarbeiter*innen und Angestellten ein hoher Druck. Arbeitsbelastungen sind hoch. Risiken für die Mitarbeiter*innen und Angestellten entstehen durch ‚Overperforming‘-Prozesse.⁵

2. Der kontinuierliche Dialog zwischen Strafverfolgungsbehörden und LSBT*-AGPs befördert Verbesserungen

Vorschlag:

Im Zuge des Aufbaus und der Verbesserung staatlicher Strukturen zur Bekämpfung von Vorurteils kriminalität gegen LSBT* haben wir in Berlin einen bundesweit einzigartigen Dialog zwischen den zuständigen Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaft, Polizei, Bundespolizei) und MANEO als LSBT*-AGP installiert. Der Austausch wird durch regelmäßige Treffen der relevanten Ansprechpersonen unterstützt. Bewusst ist die Ebene der Praktiker*innen gewählt. Jour fixe sollten in jedem Bundesland und auf Bundesebene eingerichtet werden und regelmäßig stattfinden.

Erläuterung:

Teilnehmende des Berliner Jour fixe sind zurzeit auf Seiten der Strafverfolgungsbehörden die LSBT*-Ansprechpersonen der Polizei Berlin im Landeskriminalamt (LKA Zentralstelle für Prävention), Ansprechpersonen des LKA 535 (Staatsschutz), die LSBT*-Ansprechpersonen der Staatsanwaltschaft Berlin und die LSBT*-Ansprechperson der Bundespolizeidirektion Berlin und auf Seiten der LSBT*-CSO, die als Anti-Gewalt-Projekte (AGP) im Bereich der professionellen Opferhilfe, Dokumentation und Gewalt- und Kriminalprävention tätig sind MANEO und L-Support. Zusätzlich nimmt regelmäßig auch eine Ansprechperson der Senatsinnenverwaltung statt. Daneben ist durch den intensiven Dialog mit dem Staatsschutz LKA 535 gewährleistet, dass frühzeitig auch die Identifikation von

⁵ S. „Studie ‚LSBT*-Polizeiangehörige: Eine empirische Studie zum Berufsalltag‘. Ein Interview mit Prof. Dr. Tatiana Zimenkova und Dr. Verena Molitor. In: MANEO+ -Newsletter #13 (April 2017), S. 12-14.
http://www.maneo.de/uploads/media/Maneo_Newsletter_13_April_2017_Doppelseiten.pdf



Personen mit radikalem Entwicklungspotenzial ermöglicht werden kann. Opfer im Zusammenhang mit Straftaten wegen der sexuellen Identität oder sexuellen Orientierung bedürfen steter Ermutigung, vertrauensvoll mit den Strafverfolgungsbehörden zu kooperieren. Dieses wirkreiche Bindeglied zwischen Opfer und Staat wird durch die Arbeit von MANEO in Berlin zur Umsetzung gebracht.

Ziel des ‚kritischen Dialoges‘ ist es einerseits, homophobe und trans*phobe Übergriffe, die sich im Land Berlin ereignet haben, aus dem Dunkelfeld nicht-bekannt gewordener bzw. nicht-angezeigter Straftaten zu führen. Untersuchungen in Deutschland belegen weiterhin das hohe Dunkelfeld nicht angezeigter Übergriffe. In Deutschland herrschte über lange Zeit eine tiefgreifende Pathologisierung und Kriminalisierung von Homosexualität und LSBT*. Tausende Homosexuelle kamen unter dem 1994 endgültig gestrichenen Strafparagrafen 175 unter der Terrorherrschaft der Nazis im Dritten Reich zu Tode. Bis heute erhalten sich Vorurteile und tragen zu Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt in unserer Gesellschaft bei. Darüber hinaus können wir unsere Gesellschaft nicht losgelöst von den Einflüssen vielschichtiger Formen von Diskriminierung, Ausgrenzung und/oder strafrechtliche Verfolgung gegenüber LSBT* in der übrigen Welt betrachten. Auch sie bestärken Menschen hierzulande, LSBT* zu diskriminieren, zu bedrohen oder tätlich anzugreifen. Ziel des Dialoges ist es deshalb dazu beizutragen, dass Opfer von Übergriffen der Zugang zu allen ihnen rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln eröffnet wird, konkret mit einer Strafanzeige. Andererseits sollen Betroffene alle Unterstützungsleistungen beziehen können, die ihnen als Opfern von Gewalt und Übergriffen zustehen. Entsprechend sollen Zugänge zu Beratung und Hilfen verbessert werden.

Für den ‚kritischen Dialog‘ ist eine professionelle und an konkreten Zielen orientierte gemeinsame Arbeit aller Beteiligten eine wichtige Voraussetzung. Dazu zählt der gebotene vertrauliche Umgang mit Daten und Dienstinformationen einerseits, andererseits jedoch auch Transparenz von Zuständigkeiten und Arbeitsabläufen, um im Fall von Problemen nach Lösungen und Verbesserungen zu suchen. So führten beispielsweise wiederkehrende Konflikte im polizeilichen Umgang mit schwulen Männern als Opfer von Gewalt Ende der 90er Jahre dazu, dass eine verbindliche Teilnahme an Sensibilisierungs- und Aufklärungsveranstaltungen zum Thema



Homosexualität und homosexuelle Gewaltopfer an der Landespolizeischule Berlin eingeführt wurde.

Für eine Sicherheitsarchitektur wäre es wichtig, dass ‚Jour fixe‘ nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf Bundesebene stattfinden, unter Einbeziehung der relevanten LSBT*-Anti-Gewalt-Projekte und LSBT*-Ansprechpersonen in den Strafverfolgungsbehörden, einschließlich Bundeskriminalamt und zuständige Bundesministerien. In der Übersicht des Bundesinnenministeriums zu Zahlen von Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung im Jahr 2020⁶ werden 578 Straftaten gegen die sexuelle Orientierung (Vorjahr: 576) und 204 gegen das Geschlecht bzw. die sexuelle Identität gezählt. MANEO hat in seinem MANEO-Report 2020 allein für Berlin bereits 510 LSBT*-feindliche Übergriffe festgestellt.⁷

3. Obligatorische Schulungen zum Thema LSBT* an der Polizeiakademie Berlin sind erforderlich

Vorschlag:

In allen Landespolizeischulen sollten Tagesseminare, die Wissen über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt vermitteln, zu einem festen Bestandteil der Ausbildung von Polizeischüler*innen gehören.

Erläuterung:

Dieses obligatorische Tagesseminar im Rahmen der Ausbildung von Polizeischüler*innen an der Polizeiakademie Berlin trägt darüber hinaus dazu bei, den polizeidienstlich geregelten Umgang mit Vorurteilskriminalität, damit auch Hasskriminalität gegen LSBT*, in Berlin zu erklären, über die Dimension und die Folgen anhaltender Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt gegen LSBT* für Betroffene zu sensibilisieren und damit auch den Senatsbeschluss vom 23.07.2019

⁶ „Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020, Bundesweite Fallzahlen“, S. 7. Hrsg.: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Bundeskriminalamt, 04.05.2021. s.: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=4

⁷ S. MANEO-Report 2020, Zahlenmäßige Übersicht für 2020, S. 108 ff. s.: <http://www.maneo.de/infopool.html>



über den IGSV-Maßnahmenplan gegen Homo- und Transphobie für die Jahre 2020/2021 umzusetzen.⁸

MANEO hat 1998 damit begonnen, regelmäßige Sensibilisierungsveranstaltungen an der Polizeiakademie Berlin (ehem. Landespolizeischule Berlin) durchzuführen. 2007 wurden daraus Tagesseminare, die seitdem gemeinsam von den LSBT*-Ansprechpersonen der Polizei Berlin und MANEO durchgeführt werden.

Die fortlaufenden Schulungen bei der Polizei sorgen dafür, dass kontinuierlich mehr Straftaten gegen LSBT* erkannt, Anzeige erstattet und Betroffenen Hilfe und Unterstützung erhalten. MANEO bringt seine 30-jährige Erfahrung in die Ausbildung ein.

4. Schutzbedürftigkeit von Opfern von Hassverbrechen sicherstellen

Vorschlag:

Die besondere Schutzbedürftigkeit für Opfer von Hasskriminalität und der damit verbundenen Bereitstellung zusätzlicher Hilfsangebote soll verbessert werden. Mit besonderer Aufmerksamkeit sind Menschen zu betrachten, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Es geht um verbesserte Informationsvermittlung sowie die qualifizierte Betreuung und Unterstützung im gesamten Strafverfahren mit dem Ziel, die individuelle Belastung der Verletzten zu reduzieren und ihre Sekundärviktimsierung zu vermeiden.

Erläuterung:

Die „Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI“ beschäftigt sich in den Artikeln 22 und 23 mit den „besonderen Schutzbedürfnissen“ von Opfern im Strafverfahren und welche Maßnahmen für sie sichergestellt werden sollen. Im Artikel 22 wird die Personengruppe genauer

⁸ „Senat beschließt Maßnahmenplan für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt. Pressemitteilung vom 23.07.2019“. <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.831231.php>



beschrieben, die eine besondere Aufmerksamkeit in der individuellen Begutachtung durch ein Gericht verdienen, um eine „besondere Schutzbedürftigkeit“ festzustellen. Hier werden ausdrücklich die „Opfer, die Hasskriminalität und von in diskriminierender Absicht begangenen Straftaten erlitten haben, die insbesondere im Zusammenhang mit ihren persönlichen Merkmalen stehen könnten“ genannt. Sie sind „gebührend zu berücksichtigen“ (Artikel 22, Punkt 2).⁹

Die Berücksichtigung der Schutzbedürftigkeit eines Verletzten im Strafverfahren ist durch den § 48 Abs. 3 StPO als Einstiegsnorm sichergestellt. Opfer von vorurteilsmotivierter Gewalt bzw. Hasskriminalität wird bislang nur selten einer solchen Schutzbedürftigkeit zugesprochen. Bereits beim ersten Kontakt mit Strafverfolgungsbehörden muss eine Prüfung der Schutzbedürftigkeit von Opfern von Hasskriminalität sichergestellt werden. Die Prüfungen müssen regelmäßig einer Evaluierung unterzogen werden.

Auch hier wird auf die enge Kooperation mit dem Staatsschutz LKA 535 Bezug genommen. Betroffenen wird nach eingehender Prüfung ein umfangreiches Sicherheits-Paket von der Auskunftssperre bis hin zum Zeugenschutz angeboten und auch im begründeten Einzelfall zur Umsetzung gebracht. MANEO fungiert in dieser Schutz-Trias von Nichtregierungsorganisation, Polizei und Justiz z.B. als Zustellungsbevollmächtigter, um die schutzwürdigen Interessen des Lebensmittelpunktes zu bewahren.

Zu betonen sind auch die Bemühungen des Schutzes von LSBT* von und unter Geflüchteten. Durch die Sensibilisierung der Verantwortlichen der öffentlichen Verwaltung kann hier durch die Beteiligung von MANEO einer Konfliktentwicklung in Schutzeinrichtungen begegnet werden. Zum Beispiel durch Schaffung separierter Unterbringung und Begleitung der Betroffenen.

⁹ Richtlinie 2012/29/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI, in: Amtsblatt der Europäischen Union, L315/57, vom 14.11.2012.



5. Bürgerschaftliches, sozialräumliches Engagement unterstützt die Gewaltpräventionsarbeit.

Vorschlag

Integrierte Stadtentwicklungspolitik fördert Dialog und Konfliktschlichtung. Ein besserer Dialog zwischen den verschiedenen Vertretern der Verwaltung untereinander wie auch zwischen Vertretern aus gesellschaftlichen Bereichen muss verstärkt werden. Bürgerbeteiligung als Bottom-up Initiativen sind dynamischer und sollte gestärkt, Top-down-Strategien vermieden werden. Hilfreich sind engagierte Raumpioniere¹⁰, beispielsweise sozialräumlich wirkende Nicht-Regierungsorganisationen und Kiezakteure.

Erläuterung

MANEO engagiert sich seit 30 Jahren als ‚Raumpionier‘, initiiert Initiativen, Aktionen, Events Vernetzung und Bündnisse.

11

Beispiel 1: Proaktive Vorort-Arbeit in den vielschichtigen Szenen

Die proaktive, aufsuchende Vorort-Arbeit von MANEO unterstützt Zugänge zu Szenen und damit die Vertrauensbildung. Es geht um Menschen, die der gleichen Gruppe bzw. Szene angehören, und proaktiv, aufsuchend an den Orten als Kommunikationsmittler auftreten. Sie fördern den Kontakt mit Betroffenen und Zugänge zu staatlichen Unterstützungsleistungen.

Unsere präventionsorientierten Handlungsansätze in Berlin richten sich einerseits an die von Vorurteils kriminalität betroffene Gruppe der LSBT*. Wir erkennen die Vielschichtigkeit der LSBT*-Szenen. Wir verstärken unsere Präsenz und Sichtbarkeit, indem wir mit Teams – hier unterstützen uns regelmäßig ehrenamtliche Mitarbeiter – proaktiv und regelmäßig bekannte Treffpunkte aufsuchen, vor Bars, Clubs und

¹⁰ S. Interview mit Prof. Dr. Gabriela B. Christmann, Leiterin der Forschungsabteilung „Kommunikation und Wissensdynamiken im Raum“ am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, in: MANEO+ -Newsletter #17 (Sept. 2017)
http://www.maneo.de/uploads/media/Maneo_Newsletter_17_September_2017_Doppelseiten_01.pdf



Partylocations sowie auf großen, innerhalb der Szenen bedeutsame Events und Veranstaltungen. Hier verteilen wir Infomaterial oder organisieren Info-Stände. Wir kommen so mit Gästen direkt ins Gespräch, berichten über unsere Arbeit und Angebote und warnen vor Gefahren und Risiken. Wir zeigen Wege auf, Übergriffe zur Anzeige zu bringen und bieten bei Bedarf unsere Beratung und unsere Unterstützung an. Außerdem werben wir um ehrenamtliches Engagement für unser Projekt oder andere LSBT*-Organisationen.

Beispiel 2: Präsenzverstärkung durch Vernetzung, Bündnisse und die Organisation regelmäßiger Events

Vernetzung und die Zusammenarbeit in Bündnissen, über die gemeinsame Anliegen formuliert und konkrete Aktionen und Events geschaffen werden, die demokratische Grundsätze, gesellschaftliche Vielfalt, Toleranz, Respekt sowie das Gemeinsame und Verbindende formulieren, stärken die Demokratie und fördern Empowerment. Zuständige Behörden sollen diese Aktivitäten unterstützend fördern.

Unter dem Eindruck anhaltender gesellschaftlicher Diskriminierung und Übergriffe gegen LSBT* in Berlin hat MANEO bereits Anfang der 90er Jahre Netzwerke gegen Gewalt gegründet. Einbezogen waren anfangs nur Szene-Unternehmen, mit denen MANEO das Lesbisch-Schwule Stadtfest 1993 organisiert und anschließend sechs Jahre geleitet hat. Bereits 1996 besuchten etwa 400.000 Menschen das Fest. Das Fest stand im Zeichen der Öffnung, der Emanzipationsarbeit und der Vernetzung. Über das Fest und mit Hilfe der Medien werden weiterhin regelmäßig Botschaften zur Stärkung der Demokratie, für gesellschaftliche Vielfalt und für Toleranz und Respekt kommuniziert. Mit dem Stadtfest entwickelte sich in der 90er Jahren die so genannte ‚Pride Week‘.

Auch wenn sich MANEO 1998 aus der Organisation des Stadtfestes zurückgezogen hat, verstärkte MANEO seine Vernetzungsarbeit mit gesellschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen. 2007 entwickelte MANEO die Kampagne ‚Kiss Kiss Berlin‘ und sammelte darüber weitere Unterstützer, die sich 2009 zum neuen ‚Berliner Toleranzbündnis‘ zusammenschlossen. Dem Bündnis gehören zurzeit etwa 130 Firmen und Unternehmen an. Die Wahrnehmungskampagne ‚Kiss Kiss Berlin‘ beginnt am Internationalen Tag gegen Rassismus (21.03.) und endet am Internationalen Tag



gegen Homophobie und Trans*phobie (17. Mai). Zahlreiche Aktionen finden in dieser Zeit statt, beispielsweise die Aktion ‚Bunte Blumen für ein buntes Berlin‘, die regelmäßig von ‚Schule ohne Rassismus‘ und Schüler*innen verschiedener Schulen und von Jugendeinrichtungen unterstützt wird. Gemeinsam wird auf den Internationalen Tag gegen Rassismus hingewiesen und kostenlos Tütchen mit Blumensamen verteilt. In vielen Berliner Clubs finden Party-Benefize statt. Im Mai werden an vielen Orten ‚Regenbogenkuchen‘ angeschnitten, mit der die Botschaft an Schulen, in Geflüchteten-Einrichtungen, in die Polizei, Justiz, in Verwaltungen und Unternehmen (z.B. Hertha BSC, Vattenfall, Coca Cola usw.) transportiert wird.

Auch die Präventionsbemühungen von MANEO und Strafverfolgungsbehörde im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltung ‚Tag der offenen Tür des Amtsgerichts Tiergarten‘ gehören dazu.

Beispiel 3: Nachbarschafts- und kiezorientierte Gewaltpräventionsarbeit – Nachtbürgermeister Regenbogenkiez

Unsere präventionsorientierten Handlungsansätze in Berlin orientieren sich außerdem regional an Orten, an denen Szeneleben verstärkt sichtbar wird. Unsere kiezorientierte Gewaltpräventionsarbeit begann Anfang der 90er Jahre im Schöneberger ‚Regenbogen-kiez‘, der nicht nur ein historischer Ort ist – der älteste Regenbogenkiez weltweit – sondern weiterhin die höchste Verdichtung von LSBT*-Adressen in Berlin verzeichnet. Im Regenbogenkiez findet jährlich das Lesbisch-Schwule Stadtfest, das ‚Folsom-Straßenfest‘ und seit drei Jahren auch ein open-air Klassikonzert unter dem Motto ‚Schönheit gegen Gewalt‘ statt. MANEO hat 2009 damit begonnen die Geschichte des Regenbogenkiez aufzuarbeiten und mittlerweile zwei kleine Bücher veröffentlicht. Das Wissen um die eigene Geschichte stärkt die LSBT*-Emanzipationsarbeit. Spezielle Kieztouren werden regelmäßig für Touristen und Interessiert angeboten.

Seit 2017 hat MANEO seine kiezorientierte Präventionsarbeit im Regenbogenkiez verstärken können. Seit Anfang 2020 hat MANEO nun die Funktion des ‚Team Nachtbürgermeister Regenbogenkiez‘ übernommen, koordiniert den ‚Info-Punkt Regenbogenkiez‘ und organisiert den ‚Präventionsrat Regenbogenkiez‘. Diese kiez- bzw. nachbarschafts-orientierte Präventionsarbeit verstärkt die Vernetzung und die



Kommunikation über den gesamten Kiez zwischen Anwohnenden, Gewerbetreibenden, Tourismusorte und Verwaltung. Gewaltvorfälle und Konflikte werden regelmäßig thematisiert.

MANEO ist in weiteren Kiezen sozialräumlich aktiv, so in Kreuzberg, Nordneukölln und Tiergarten.

6. Ausbau der professionellen, zielgruppenspezifischen und an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierten professionellen Hilfe für Opfer von Straftaten

Vorschlag:

Professionelle Opferhilfeberatungsstellen für LSBT* sind deutschlandweit und mit Unterstützung aus Bundesmitteln aufzubauen und zu fördern, da sich nach wie vor die Bundesländer schwer tun, spezifische Opferhilfe-Beratungsangebote für LSBT* zu fördern und fachlich zu begleiten.

14

Erläuterung:

Das Phänomen ‚Minderheitenstress‘ (minority stress) ¹¹ hat Ilan H. Meyer zum ersten Mal 1995 für schwule Männer in New York nachgewiesen. Auch Forscher*innen des Robert-Koch-Instituts (RKI) heben diese besonderen Herausforderungen hervor.¹² Die Folgen für die Betroffenen bedürfen besonderer Aufmerksamkeit so wie die Erkenntnisse entsprechend in eine zielgruppenspezifische Opferhilfearbeit integriert werden müssen. Die nach wie vor von Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen geprägt Sozialisation von LSBT* in unserer Gesellschaft verlangt fachspezifische Beratung und Unterstützung. Professionelle Opferhilfeberatungsstellen für LSBT* sind deutschlandweit kaum vorhanden, da sich nach wie vor die Bundesländer schwer tun, spezifische Opferhilfe-Beratungsangebote für LSBT* zu fördern und fachlich zu begleiten. Entsprechend

¹¹ Meyer, I.H. (1995). Minority Stress and Mental Health in Gay Men. https://www.researchgate.net/publication/15461517_Minority_Stress_and_Mental_Health_in_Gay_Men/download (22.04.19). S. 40

¹² Pöge, K., Dennert, G., Koppe, U., Güldenring, A., Matthigack, E. B., & Rommel, A. (2020). Die gesundheitliche Lage von lesbischen, schwulen, bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen. <https://doi.org/10.25646/6448> (22.04.20). S. 14f



fehlen bundesweite Vernetzungstreffen und fachlicher Austausch zwischen den wenigen ziel-gruppenspezifischen Beratungsstellen statt, die sich mit Opfern LSBT*-feindlicher Übergriffe beschäftigen, auch weil solche Vernetzungstreffen kaum finanzielle Förderung findet. MANEO war die einzige Organisation in Deutschland, die aus eigener Kraft und mit Unterstützung des Landes Berlin in den letzten zehn Jahren fünf internationale Konferenzen zum Thema Homophobie und Hassgewalt unter Beteiligung von LSBT*-AGP, CSO, Strafverfolgungsbehörden und Verwaltungen organisiert hat (2006, 2007, 2008, 2011 und 2017).

7. Nachhaltigkeit durch regelmäßigen Erfahrungsaustausch und Trainings

Vorschlag:

Erforderlich ist regelmäßiger Fach- und Erfahrungsaustausch auf Landes- und Bundesebene zwischen den LSBT*-AGPs, die im Bereich der professionellen Opferhilfe und der Gewalt- und Kriminalprävention tätig sind.

15

Erläuterung:

Neben dem Fachaustausch muss auch Training stattfinden, um regelmäßig wissenschaftliche Erkenntnisse und erforderliches Fachwissen in die praktische Arbeit der LSBT*-AGPs integrieren zu können. Erforderlich ist außerdem die Koordination und Organisation von Fach- und Erfahrungsaustausch mit Vertreter*innen von LSBT*-AGPs, Strafverfolgungsbehörden und zuständigen Verwaltungen – vor allem Innen- und Justizverwaltung – damit Wissen und Transparenz über die Arbeit und Arbeitsprozesse verbessert werden, außerdem Vernetzung und Dialog untereinander gefördert werden. Erforderlich sind außerdem regelmäßiger Erfahrungsaustausch und Trainings für alle AGPs, die im Bereich gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Vorurteils kriminalität tätig sind, konkret im Bereich der praktischen professionellen Opferhilfe- und Gewalt- und Kriminalpräventionsarbeit.



8. Sicherung nachhaltiger Strukturen durch gemeinsame Standards

Vorschlag:

Weiterführende Trainings und Zusatzqualifikationen sind für neue Mitarbeiter*innen in professionellen zielgruppenspezifischen und fachbezogenen Opferhilfeeinrichtungen erforderlich, konkret eben in der Arbeit mit Phänomenen LSBT*-feindlicher Übergriffe und spezifischen Gewalterfahrungen von LSBT*., um nachhaltige Strukturen und gemeinsame Standards zu schaffen. Auch hier muss auf die Erfahrungen langjähriger Einrichtungen aufgebaut, ihre Expertisen einbezogen werden.

Erläuterung:

Das wachsende Wissen um sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowie professionelles Handeln in den einzelnen Tätigkeitsfeldern machen für neue Mitarbeiter*innen in LSBT*-AGPs und Strafverfolgungsbehörden Schulung, Einarbeitung und Weiterbildung nötig.

Für Mitarbeiter*innen in LSBT*-AGPs, die im Bereich der professionellen Opferhilfe und Gewalt- und Kriminalprävention tätig sein wollen, genügt ein Studium der Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Psychologie oder vergleichbarer Fachgebiete allein nicht mehr aus. Die professionelle Opferhilfearbeit verlangt mittlerweile Zusatzqualifikationen in der Fachberatung für Opferhilfe, Psychotraumatologie und psychosoziale Prozessbegleitung, so wie seit über zehn Jahren vom Bundesfachverband ‚Arbeitskreis der Opferhilfe in Deutschland‘ (ado) angeboten und in Kooperation mit der ASH Berlin durchgeführt¹³. Die Zusatzqualifikationen tragen dazu bei, dass Anforderungen und Standards der professionellen Opferhilfearbeit bundesweit erhalten werden bzw. ein regelmäßiges Update erfahren. MANEO ist seit 1993 Mitglied im ado und hat an der Entwicklung dieser Zusatzausbildung mitgewirkt.

Die Forderung gilt ebenso für LSBT*-Ansprechpersonen bei Polizei und Strafverfolgungsbehörden, die ihre Funktion neu beginnen. Sie sind einem hohen

¹³ S. <https://www.opferhilfen.de/fortbildung/>



Erwartungs- und Anforderungsdruck ausgesetzt, sowohl innerbehördlich als auch gegenüber LSBT*-AGPs, Verwaltungen und Politik. Sie müssen beispielsweise ein Fachwissen über sexuelle und geschlechtliche LSBT*-Lebensvielfalt besitzen, ebenso Fachwissen über Phänomene homophober und trans*phober Gewalt sowie spezifischer Gewalterfahrungen, Fachwissen an Mitarbeitende ihrer Behörde vermitteln und sich mit allen relevanten LSBT*-AGPs vernetzen. Außerdem müssen sie sich mit Mitarbeiter*innen ihrer Behörde auseinandersetzen, die – als Abbild unserer Gesellschaft – Vorbehalte gegenüber LSBT* zeigen.

Aus diesem Grund müssen Schulungs- sowie Einarbeitungs- und Anleitungskonzepte sowohl für neue LSBT*-Ansprechpersonen in den Strafverfolgungsbehörden als auch für Mitarbeitende in LSBT*-AGPs, die die zielgruppenspezifische Opferhilfearbeit und Gewalt- und Kriminalpräventionsarbeit leisten, entwickelt werden. Wissen und Standards werden sichergestellt und weitergegeben. Alle Bundesländer sollten aus Ressourcengründen länderübergreifend zusammenarbeiten. Regelmäßige Weiterbildungsangebote sollten Hochschulen übernehmen.

9. Sprachmittlung unterstützt Teilhabechancen

Vorschlag:

Professionell bestellte Dolmetscher müssen in der Benutzung von LSBT*-Vokabular geschult werden, um Übersetzungsmissverständnisse oder auch Übersetzungsfehler zu vermeiden.

Erläuterung:

Seit 2016 bietet MANEO schwulen und bisexuellen Geflüchteten Beratung und Unterstützung an, die in Berlin Opfer homophober Übergriffe geworden sind. Teil dieser Arbeit ist die MANEO-Teestube, ein ‚Safespace‘ für Geflüchtete, wo miteinander über Fragen und Probleme gesprochen, Ängste artikuliert, gemeinsam diskutiert werden darf. Hier können sie frei und ohne Furcht Szenevokabular benutzen, was an vielen Orten so nicht möglich ist.



Regelmäßiges Thema sind Übersetzungen von Informationen, Beratungsgesprächen, Gespräche mit Ärzten, Rechtsanwälten und Behörden. Regelmäßig berichten Betroffene von Übersetzungsproblemen durch bestellten Dolmetscher oder Übersetzer, die Szenevokabular nicht kennen oder falsch übersetzen oder schamhaft Hinweise weglassen. Regelmäßig wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, Dolmetscher über das Thema LSBT* zu sensibilisieren. Oftmals hängt davon auch die Bewilligung von Asylverfahren ab.¹⁴

Mit freundlichen Grüßen



Bastian Finke
Dipl. Soziologe, Leiter von MANEO

¹⁴ S. „Als Sprachmittler baue ich Brücken“, in: MANEO+ -Newsletter #22 (März 2018), S. 14.
http://www.maneo.de/uploads/media/Maneo_Newsletter_22_Ma%CC%88rz_2018_Doppelseiten.pdf